

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

57. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 M., monatlich 22 M., ohne Postbefreiung. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 18. Oktober 1919

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Tagesanzeigen 20 M., die langhaltende Zeile: Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Rechtswortanzeigen 40 M., die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 121

Bekanntmachung

Die mit dem 1. Oktober in Kraft getretenen Abänderungen des Deutschen Buchdruckerarbeitsgesetzes von 1912 enthalten u. a. auch Bestimmungen, welche

die Schiedsgerichte und die Arbeitsnachweise

betreffen. Diese Bestimmungen werden den vorbenannten Tariforganen sowohl als den Mitgliedern der Tarifgemeinschaft hiermit zur besonderen Beachtung empfohlen.

Bei den Schiedsgerichten ist das Klagerrecht vor denselben erweitert worden, und zwar insofern, als von jetzt ab auch Vertrauensmänner bzw. Arbeiterausschüsse, ebenso Organisationen oder örtliche Organisationsvorstände der Prinzipale oder Gehilfen klageberechtigt sind. Auch darf das Schiedsgericht ohne Anrufung von Amts wegen über Streitfälle entscheiden. Ebenso darf das Schiedsgericht von Amts wegen Zeugen und Sachverständige vorladen und darf bei Nichtbefolgung seiner Anordnung Geldstrafen fesseln u. dgl. m.

Für die Arbeitsnachweise ist die Bestimmung getroffen worden, daß die Aufsicht über dieselben drei Prinzipalen und drei Gehilfen am Sitze des Arbeitsnachweises zu übertragen ist. Die örtlichen Organisationen der Prinzipale und Gehilfen haben die Aufsichtführenden zu ernennen und dieselben dem Tarifamtte baldigst bekannt zu geben. Pflicht vieler ausführenden Personen ist, in Gemeinschaft mit dem Verwalter des Arbeitsnachweises für eine größere Wirksamkeit des Arbeitsnachweises ernstlich Sorge zu tragen. Aber diese Zusammenarbeit und die damit erzielten Erfolge ist dem Tarifamtte vierteljährlich ein Bericht von dem Verwalter des Arbeitsnachweises zu erstatten, der auch von den ausführenden Personen einzusehen und zu unterzeichnen ist.

Berlin, 7. Oktober 1919.

Tarifamt der Deutschen Buchdrucker

Dr. Goetz, Prinzipalvorsitzender.

Robert Braun, Gehilfenvorsitzender.

Paul Schliebs, Geschäftsführer.

Der Kampf um die Gewerkschaften

I.
Der große Kampf wird heute noch nicht ausgedient, noch lange wird er dauern und die Geschlossenheit der Arbeiter erfordern. Es ist schauerlich, daß die Sozialisten Deutschlands in dieser Stunde gespalten sind. Aber noch erschütterlicher wäre es, wenn die Gewerkschaften gespalten wären.

Diese Worte, die ein alter Pionier der Arbeiterbewegung, der große Orestes aus Zürich, an den Nürnberger Gewerkschaftskongress richtete, haben in einer Zeit, in der die Einigung des Proletariats immer mehr zur deutschen Schicksalsfrage wird, erhöhte Bedeutung. Ganz besonders aber deshalb, weil der Kampf um die Gewerkschaften Formen annehmen beginnt, die schließlich zur Spaltung führen müssen. Solange nur irgendwie und irgendwo die Möglichkeit besteht, Aufklärung zu verbreiten über die Gefahren, die aus einer Zersplitterung der Gewerkschaften aus parteipolitischen Motiven entspringen, muß diese Möglichkeit ausgenutzt werden, denn die Zerrüttung der Geschlossenheit der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter würde ohne Frage noch weit nachteiligere und schmerzlichere Folgen haben als die politische Zerrüttung der Arbeiterklasse. Wenn auf gewerkschaftlichem Gebiet infolge endloser Zänkereien und Streitigkeiten an ein geschlossenes Handeln bei der Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter nicht mehr zu denken wäre, so bedeutete das deren Auslieferung an das heute enger als je zuvor hochtote Unternehmertum, das eifrig darauf bedacht ist, seine Kräfte in starken Organisationen zusammenzufassen. Die Folgen einer gewerkschaftlichen Zersplitterung der Arbeiter würden im Lohnabbau und Lohnbruch, in planlosen Streiks mit nachfolgenden Arbeiterentlassungen und Maßregelungen, in Arbeitslosigkeit und Verbrüderung sehr bald erkennbar werden. Und viele von denen, die erst nach der Revolution entdeckten, zu welcher hoher gewerkschaftlicher Mission sie geboren, würden wieder in der gelben Bewegung alles Heil erblicken, wo sie kein „Gewerkschaftslosz“ mehr auf Herz und Nieren prüft. Sage niemand, wir wollen zu schwarz. Wo die Arbeiter gestellt sind, herrschen die Unternehmer! Wir Buchdrucker wissen aus eigener Erfahrung, daß ein Bruderkampf nur auf Kosten der Arbeiter selbst geführt wird. Auch die Be-

triebskräfte, deren geistliche Einsetzung wir aus innerster Überzeugung begrüßen, wären den Erscheinungen gegenüber, die aus einer Spaltung der Gewerkschaften resultieren, einflusslos, weil dann keine realen Nachsichtoren hinter ihnen ständen, die in der Lage wären, Verschlechterungen wirksam abzuwehren.

Der eigentliche gewerkschaftliche Spaltplatz ist in der von radikalpolitischen Seite geforderten Notwendigkeit einer „neuen revolutionären Gewerkschaftstaktik“ zu erblicken. In allen Tonarten wird versucht, die „alte morose und verfaulende Taktik einer verhöhrten Gewerkschaftsbureaucratie“ sturmreif zu reden, um der reinen Klassenkampforganisation die Bahn freizulegen. Es liegt in der Natur der Sache, daß auf jene Forderung diejenigen Arbeiterkreise am stärksten reagieren, denen der gewerkschaftliche Kampf zu langsam, zu methodisch und zu wenig erfolgreich geführt wird. Unter ihnen befinden sich viele Neulinge in der Gewerkschaftsbewegung, die mehr instinktiv als aus Überzeugung ihrer Berufsorganisationen beitreten, weil sie die Eringung höherer Löhne und kürzerer Arbeitszeit für den ganzen Wesensinhalt der Gewerkschaftsarbeit halten. In den Verammlungen gibt heute zum Teil das jüngere Element den Ton an, sobald „es ausbleibt“. In den letzten Jahren oder in den ersten Gehilfenjahren durch den Militarismus aus der Berufsarbeit herausgerissen, ohne gelteig errogen zu sein für den Organisationskampf im höheren Sinne, haben die gewerkschaftlichen Jungmännerkassen viele Jahre hindurch ein regelloses, jede bessere Regung gewalttätig erstickendes Landfriedensleben geführt. Was Wunder, daß sie Wortführer am ehesten verhalten militärischen Kadavergehorsam von ehemals. Infolgedessen jubeln sie der „Oppo“ zu, wenn diese gegen einen Arbeiterführer vom Leder zieht, der nach bestem Willen im Rahmen der beschlossenen Satzungen zu wirken bemüht ist. Die gewerkschaftliche Disziplin heißt jedoch nicht „Maul halten“, sie ist vielmehr die Disziplin der Demokratie und ist durchaus nicht unabhängig von dem Willen desjenigen, der sich ihr freiwillig unterwirft. Mißtrauen ist allerdings eine demokratische Tugend, aber

gewerkschaftliche Disziplin ist heute, wo so vieles für die Arbeiterbewegung auf dem Spiele steht, notwendiger als je.

Für den größten Teil der Arbeiter aller Berufe ist der lange Krieg zu einer förmlichen Schule der Gelübepolitik, der Unbildung, der Rücksichtslosigkeit und der Selbstsucht geworden, und die Beiliebe, die heute gegen die Wurzeln der Gewerkschaftsbewegung geführt werden, sind zum Teil auf unzureichende Kenntnis des Wesens des gewerkschaftlichen Kampfes und auf mangelnde wirtschaftspolitische Erfahrung zurückzuführen. Was nützt, ist unablässige Aufklärung zur Verbreitung wahrhaft sozialistischer Denkwiese, um die Geister mit neuen Gedanken und Zielen zu erfüllen, zu schulen und aufs Allgemeine hinzuheben. Zur Durchsetzung des positiven Teiles des Sozialismus, zur Befestigung von Mehrwert und Profit und zu einer Änderung der Grundlagen des kapitalistischen Wirtschaftssystems, gehören Idealismus und Solidaritätsgefühl. Die Grundlagen für diese Eigenschaften werden gelegt im kameradschaftlichen Verkehr mit Gleichgesinnten, durch die Pflege des Zusammengehörigkeitsgefühls an der Arbeitsstätte, wo sich der eigentliche Klassenkampf vollzieht und durch praktische Betätigung in der Gewerkschaftsbewegung. Um in der hier angedeuteten Richtung vorwärts zu kommen, muß vor allen Dingen an den Beherrschung aller derjenigen Gewerkschaftsangelegenheiten appelliert werden, die in jahrzehntelanger Tätigkeit den gewerkschaftlichen Aufbau mit aufrichten halfen und sich in opferreicher Tätigkeit genügend Kenntnis der Gewerkschaftsbewegung angeeignet haben.

Vergegenwärtigen wir uns einmal, weshalb die deutschen Arbeiter, an ihrer Spitze die Buchdrucker, vor Jahrzehnten bereits zur Schaffung von Zentralverbänden, die gewisse Kreise heute zerrüttern möchten, schritten. Um die Interessen der Arbeiterklasse gegenüber dem in starken Verbänden organisierten Unternehmertum nachdrücklicher vertreten zu können, gingen auch die Arbeiter zur Gründung von Zentralverbänden über. Im Sinne einer zweckmäßigen Handhabung des wirkungsvollsten Mittels des Wirtschaftskampfes und Klassenkampfes, des Streiks, legten sie bestimmte Methoden fest. Nicht Kampf um des Kampfes, sondern des Erfolges willen um die Hebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft, um die Befestigung ihrer rechtlichen Stellung im Arbeitsvertrag, um die Stärkung ihres Wertgefühls, ihres Selbstbewußtseins. An Stelle der früheren losen und lokalen Organisationsform, die jedem Ort die Festlegung eigener Satzungen und einer eignen Taktik überließ, deren regellose Anwendung sich nur zu oft als unzulänglich, ja schädlich erwiesense hatte, trat die straffe Zusammenfassung aller Kräfte unter ein Wesel, die Zentralisation, was für die Gesamtheit der Berufsangehörigen zu nachhaltigeren Erfolgen führte. In zahlreichen schweren und erbitterten Kämpfen mit dem Unternehmertum erbrachten die Zentralgewerkschaften den Beweis, daß sie revolutionäre Kampforganisationen im wahren Sinne des Wortes bildeten. Die vielen Streiks der Vorkriegszeit, die unglücklichen Lohnbewegungen, die Ausperrungen, die Kämpfe gegen Maßregelungen, schwarze Listen und einseitige Arbeitsnachweise der Unternehmerverbände, die gesamte Tarifpolitik mit ihrer Bekämpfung des Herr-im-Hause-Standpunktes, die fortwährenden Kämpfe gegen bedrückende Verfolgungen und Bedrohungen des Koalitionsrechts der Arbeiterschaft, was waren sie anders als Befestigungen im revolutionären Sinne zu dem Zwecke, die ökonomische Grundlage für den weiteren Aufstieg der Arbeiterklasse zu sichern? Mag mancher auch unter den heutigen Zeitverhältnissen, die absolut keinerlei Maßstab zulassen, über die von den einzelnen Zentralverbänden solcher erreichten Erfolge geringfügig die Achsel zucken, das darüber in Stillen festliegende, jedem leicht zugängliche Material ist der beste Beweis dafür, daß positive Arbeit in jeder Beziehung gefestigt worden ist. Und das unter Zeit- und Machtverhältnissen, die für die Arbeiterschaft gleichbedeutend waren mit Anfeindungen und Bedrückungen aller Art. Sollten wir jetzt, wo sich die Dinge entschieden zugunsten der Arbeiterbewegung gewandelt haben, an der selber bewährten Kampfpolitik

verzweigen? Nicht der geringste Grund ist vorhanden, von der Zukunft weniger Erfolge zu erwarten! Es sei denn, die Gewerkschaftsbewegung erlitt einen Rückschlag durch die wichtigste Verpflanzungsmaßnahme und Fortschrittsgarantie, die ebenbürtig den gewaltigen Gewerkschaften zu unterst steht.

Am 1. September „Der Parteiführer und die Gewerkschaften“ in Berlin. Die Tendenzen auf dem linken Flügel der Arbeiterbewegung gekennzeichnet worden, die darauf abzielen, die Gewerkschaftsbewegung im Sinne der Anwendung von Massendemonstrationen zu politisieren und wirtschaftlichen Forderungen zu reduzieren. Heute soll geschätzt werden, wie weit revolutionäre Formen die Fortschrittsarbeit der beiden politischen Hauptströmungen innerhalb der Gewerkschaften zutrifft.

Auf der Wille September in Berlin zusammengetretenen Reichsverband der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands stand auch die Gewerkschaftsbewegung zur Debatte. Die einzelnen Redner waren sich darin einig, daß die Gewerkschaften einen Umbau im radikalen Sinne erfahren müßten, um den revolutionären Kampf durchführen zu können. Der Abgeordnete Koenen (Halle) schilderte als Referent die fünf verschiedenen Strömungen in der Gewerkschaftsbewegung: Die erste, die zweifelslos an Ansehen gewonnen habe, sei die des Syndikalismus, mit den alten Lehren des Föderalismus und des Glaubens an die allseitige Wirksamkeit der direkten Aktion. Die föderalistischen Tendenzen seien entschieden zu bekämpfen. Die zweite, besonders von Kommunisten getragene Strömung wolle eine einseitige politisch-gewerkschaftliche Bewegung. Es sei aber ausgeschlossen, daß eine einzige Organisation alle für die Arbeiter wichtigen Spezialfragen behandeln könne. Eine dritte Strömung, gestützt von den führenden Kommunisten und manchen Anhängern der U. S. P., wolle die Ausbildung von Betriebsorganisations- und ihre Zusammenfassung nach Industrien. Bei den auf dieser Grundlage entstandenen Verbänden handle es sich aber immer nur um Episteln, und solche Abteilungen müßten bekämpft werden bei aller Empathie für das Prinzip, das einer solchen Organisation zugrunde liege. Die vierte Richtung umfasse die Bewegung der sogenannten gewerkschaftlichen Opposition, die mit der vorgenannten Strömung nicht prinzipiell im Widerspruch stehe. Es müßte versucht werden, auf diese Opposition Einfluß zu gewinnen. Leider habe es die Parteiführung hier völlig an Führung fehlen lassen. Nichts sei geschehen, um die gewerkschaftliche Opposition zusammenzufassen. Erst in letzter Zeit seien Ansätze gemacht worden. Breite Arbeiterschichten begannen zu verzeichnen, daß es noch möglich sei, die Gewerkschaften aufzubauen. Der Kampf sei noch schwer und heiß, aber er werde nicht vergeblich sein. Die fünfte Strömung erkläre die Gewerkschaften für erledigt, weil sie alle Hoffnungen auf das Rätesystem setze. Vorläufig habe man aber noch gar keinen Aufbau des Rätesystems, und selbst im Falle seiner Verwirklichung hätten die Gewerkschaften noch wichtige Funktionen zu erfüllen. Der Referent stand auf dem Boden der vierten Strömung, der sogenannten gewerkschaftlichen Opposition resp. auf der von der Zentralfstelle der Betriebsräte vorbereiteten Basis, von der aus man revolutionär in den Gewerkschaften vorgehen könne nach folgenden Gesichtspunkten: 1. Ausschaltung der Bureaunkräfte, d. h. wirkliche Fernkontrolle; 2. Anerkennung der Betriebsräte als Organe der Sozialisierung; 3. Änderung des Unterstützungswesens zu besserer Herausbildung des Kampfscharakters; 4. Anerkennung des Massenstreiks als eines politischen Kampfmittels. Auf dieser Grundlage soll die Opposition im Sinne der U. S. P. zusammengefaßt werden.

Der erste Punkt ist weiter nichts als ein Kampf um die Fühlerrolle, wie er nach dem Grundgedanke: „Mache Platz, damit ich mich setze“, in zahlreichen Orten von der U. S. P. geführt wurde, ohne daß es überall gelungen wäre, trotz weitgehender Gehaltssteigerungen neue „Bureaunkräfte“ zu finden, die an Wissen und Können den politisch nichtlebend gewordenen alten Angestellten „über“ sind. Im Gegenteil! Was in jüngster Zeit aus Hamburg, Düsseldorf, Berlin und anderen Städten über Erfolge revolutionärer Gewerkschaftsstrategie bekannt wurde, läßt die praktische Wirksamkeit der neuen „Bomen“ in einem recht ungünstigen Licht erscheinen. Es fehlt uns leider der Raum, um darauf speziell einzugehen. Der zweite Programmpunkt, der die Anerkennung der Betriebsräte als Organe der Sozialisierung fordert, stößt offene Türen ein. Man braucht nur mit dafür zu sorgen, daß die richtigen Männer in die Betriebsräte entsandt werden, die es verstehen, sich durch Sachkundigkeit den nötigen Einfluß zu verschaffen. Der dritte Punkt stellt den längst abgetanen Streit über Anteilnahme an der reinen Kampforganisation von neuem auf, ohne jede Aussicht, daß die in dieser Beziehung am meisten kritischen Stellen erschüttert werden können. Einmal der prinzipiell wichtigste vierte Punkt: „Anerkennung des Massenstreiks als politisches Kampfmittel“, ist kein Grund, der zu erhebenden Zweifelheiten Einlaß zu geben braucht. Daß die Arbeiterschaft in die Lage kommen kann, den Massenstreik als politisches Kampf-

mittel anzuwenden, wenn diese Interessen auf dem Spiele stehen, darüber war man sich innerhalb der freien Gewerkschaften schon lange vor der Revolution im klaren. Auch die Leipziger Generalkonferenz unseres Verbandes ließ darüber nicht den geringsten Zweifel bestehen. Ausgeschlossen muß einzig und allein die Ermutung sein, ob der mit der Profamierung des Massenstreiks verfolgte Zweck die Anwendung der letzten und stärksten Waffe der Arbeiterschaft rechtfertigt. Willst du angewandt, wird auch diese Waffe stumpf und richtet sich schließlich gegen die Arbeiterbewegung selbst. An Beispielen dafür fehlt es heute gewiß nicht mehr.

Aus der Stellungnahme der Reichskonferenz der U. S. P. zur Gewerkschaftsfrage war ein Abrücken von den Kommunisten und ihren Gesetzerwartungen, die die Gewerkschaften am liebsten zertrümmern, erkennbar. Das Bestreben der Unabhängigen lautete vielmehr darauf hinaus, die Gewerkschaften in ihre Saad zu leiten, um sie ihren Parteizwecken entsprechend benutzen zu können. Damit stand in gewissem Einklang ein Artikel der Berliner „Freiheit“, der vor jeder Abpflückerung der Partei eine Spaltung der zentralistischen Gewerkschaften dringend warnte und es als eine der wichtigsten Aufgaben der Arbeiterschaft bezeichnete, sie geschloß zu erhalten und ständig zu stärken. Im Anschluß an diesen Artikel der „Freiheit“ nahm sogar — es geschah noch Zeiten und Wunder — die „Leipziger Volkszeitung“ Gelegenheit, ihren eignen Parteigenossen den Zerfall unerschwiebig wie folgt zu lesen:

Auch in Leipzig sind Bestrebungen im Gange, die Gewerkschaften nach sozialistisch-kommunistischer Methode zu zerlegen, zu streuen, denen im Interesse der Arbeiterschaft und ihres revolutionären Kampfes nicht stark genug entgegenzutreten wägen kann. Die Mächte dieser neuen „revolutionären Taktik“ sind entweder Novemberlogiker, die die „revolutionäre Energie“ leugnen zu müssen glauben, oder es sind unerschöpfliche, die mit den elementarsten Gesetzen der Arbeiterbewegung noch nicht im geringsten vertraut sind. Leider muß gesagt werden, daß solche Wirkkräfte auch in der unabhängigen Sozialdemokratie sitzen, die da verneinen, nichts Besseres tun zu müssen, als der geschloßenen Kampftruppe der Unterelmer eine gewerkschaftlich zerfallene Kampftruppe der Arbeiter und Angestellten entgegenzustellen, statt alle Kräfte darauf zu verwenden, die Arbeiterschaft mit sozialistischer Erkenntnis zu erfüllen und sie so zu einer einheitlichen Kampftruppe zusammenzuschließen. Vor diesen Wirkkräften kann die Arbeiterschaft nicht laut genug gewarnt werden, mögen diese Wirkkräfte auch sonst kein wer he wollen. Wie vergeblich übrigens ihre Bemühungen sind, beweist ja die ständige Zunahme der Gewerkschaften an Mitglieder, beweist auch die gesunde Erkenntnis der Arbeiter selbst, die sich in der Praxis um viele sozialistische Methoden den Kopf zerbrechen. Das beweist u. a. auch die oppositionelle Richtung im graphischen Gewerbe, die in ihrem Aufstuf ausdauernd Lehnen: Wir wollen die Gewerkschaften nicht befehlen, sondern sie der Revolution dienlich machen! Was der einzig richtige Weg ist, die Arbeiterschaft zum wirtschaftlichen Kampfe für den Sozialismus zusammenzuführen.

Treffender könnte das gewerkschaftschädigende Treiben von heinem Gewerkschaftsblatt gebrandmarkt werden. Nur schade, daß das entscheidende Eintreten der beiden führenden unabhängigen Organe für die Einheit und Geschlossenheit der Gewerkschaftsbewegung einen breizigen Zeitgeschmack bekam durch ein um die gleiche Zeit der Öffentlichkeit bekanntgewordenes, nach Gesetzentwürfen gezeichnetes Schriftstück eines Mitgliedes des Zentralkomitees, in dem im Namen der U. S. P. der schlimmsten Gewerkschaftszersplitterung das Wort geredet wurde. Es wird darin nicht nur die Zersplitterung von den Gewerkschaften, sondern auch eine neue Gruppenparalyse zur Stärkung der abgepflückten Elemente propagiert. Es heißt darüber in dem erwähnten Schreiben u. a.: „Die U. S. P. wird baldigst auf breiterer Grundlage den Zusammenschluß der gewerkschaftlichen Opposition durchführen, worüber Ihr rechtzeitig benachrichtigt werdet.“

Noch ein ähnlicher Fall verdient in diesem Zusammenhang erwähnt zu werden. Am 22. September richtete der unabhängige Lübecker Gewerkschaftsführer Peter Agnes an den Parteivorstand der U. S. P. als Antwort auf einen Brief aus dem Parteibüro, der die Lübecker Gemeindegewerkschaft zur Gründung einer syndikalistischen Arbeiterunion beauftragte, nachfolgendes Protest:

In der bloßen anarchisch geleiteten Syndikalisten-gruppe ist der Plan ausgeheckt worden; die Kommunisten, die den allgemeinen Arbeiterverband leiten und in der Bewegung waren, schlugen ein, und die in der allgemeinen Arbeiterunion befindlichen höchsten Arbeiter, die zur U. S. P. standen, sind Novembersozialisten. Ihr Hauptführer, der vor dem Kriege Gesundheitswart war, mochte nicht mehr über Genossen Wilhelm Schömann Vertrauen in sich setzen. Ihr anderer Führer, ein U. S. P.-Schiedsrichter, ist erst einige Monate organisiert, war auch vor dem Kriege nicht in der Partei. Viele Querulanten, mit politischen Gegnern zusammen, gründeten eine „freie Arbeiterunion“ und hiesig ist ein Mitglied des Parteivorstandes jetzt schon tot. ... Warum plüsch man uns von dort her? Macht ihr, diese geldarmen,

von Konfessionsräten verheßten Zerplitterungsorgane könnten dem nächsten weltlichen Großratstag Gefolge abgeben? Nein, wir erwidern nichts, es wie die Partei fremdenhändiger Linien stellen. Als eine Partei die U. S. P. zu unterstützen gelte, hat kein Parteimitglied das geringste Interesse an dem, was eine Partei in Leipzig tun will. Wir sind der Meinung, die der Parteivorstand in den letzten Jahren ergriffenen und durchgeführten in seiner Stellung die Stellungnahme der Arbeiterschaft nicht nur im Sinne des Parteivorstandes in den Gewerkschaften eine einheitliche Gestaltung abzu-

Das Parteivorstand der U. S. P. hat den unangenehmen Eindruck dieser Vorermittlung aus der Welt zu schaffen versucht durch eine Erklärung, in der jeder Versuch der Zersplitterung in den Gewerkschaften für verboten und sträflich gehalten wird. Mehr als je seien gegenüber dem organisierten Unternehmertum die Gewerkschaften als geordnete kämpferische Kampforganisationen aufrechtzuerhalten und zu festigen. Immerhin bietet dieser Reklamationserfolg keine Gewähr dafür, daß gewerkschaftliche Abpflückerungen und Wählherren von unabhängiger Seite nicht doch verständnisvolle Förderung erfahren. Um — mehr, als eine derartige Wählherren namentlich bei den bis zur Revolution unorganisierten oder wirtschaftsfeindlichen Arbeitern, die fast ausnahmslos im unabhängigen und kommunistischen Lager landen, den meisten Anhang findet. Ein sprechendes Beispiel dafür bietet ein Flugblatt, das die „revolutionären Eisenbahner Deutschlands“ in Eisenbahnerkreisen verbreiteten. Darin heißt es:

Die Gewerkschaften haben ihre Rolle als Führer im revolutionären Kampfe ausgepielt! Die Gewerkschaften sind das Werkzeug des Kapitalismus und kein Werkzeug des Proletariats. Ihr braucht andre Organe für Euren Klassenkampf. Diese Organe müßten die Arbeiterräte sein. Aber Kollegen, diesen Arbeiterräten droht eine neue Gefahr. Die Gewerkschaften haben erkannt, daß richtige Arbeiterräte der Träger der Gewerkschaften ein Ende bereiten würden. Darum versuchen sie, die Arbeiterräte zu einem Teile der Gewerkschaftsbureaunkräfte zu machen. Sie haben mit der Gewerkschaftsbürokratie vereinbart, daß nur Angehörige der drei Verbände als Arbeiterräte wählbar seien. Einbehalten! Kollegen! Arbeiterräte, die nur aus gewerkschaftlich approbierten Brigen bestehen, sind keine Arbeiterräte. Sie sind nur ein Abbild der Gewerkschaften, sind Hülfstruppen des Kapitalismus. Wählt nur Kollegen, zu deren revolutionärem Willen ihr Vertrauen haben könnt, auch wenn sie nicht Gewerkschaftler sind.

Das ist die Frucht unentwegter „Aufklärungsarbeit“ im revolutionären Sinne und der Beherrschung die Gewerkschaftsleitungen. Der „Vorwärts“ veröffentlichte das Produkt irreführender Revolutionen unter der bezeichnenden Überschrift „Aufgehende Drachensaat“ und wies darauf hin, wie die durch die Revolutionen hervorgerufenen, bisher indifferenten Arbeiter sich jetzt als die größten Schreier nicht nur gegen die Führer, sondern gegen die Gewerkschaften überhaupt betätigen. Was allen Klassenbewußten Arbeitern selbstverständlich erscheint, daß nur solche Berufsgenossen als ihre Vertreter im wirtschaftlichen Kampfe gelten können, die der freigewerkschaftlichen Organisation angehören, ist diesen „Revolutionären“ überflüssiger Ballast. Wer das Maul am weitesten aufreißt, der ist ihr Mann!

Es läge durchaus im Interesse der Arbeiterbewegung, wenn durch eine bessere Klärung wenigstens die größten Steine des Anstoßes aus dem Wege geräumt würden, um die Arbeiterschaft nicht gegeneinander, sondern aufwärts zu führen. Daß die Arbeiterbewegung nicht zum Sammelplatze politischer Brunnengrüßer werden darf, hat auch die Parteiführung der Unabhängigen einsehen lernen müssen, wenn man die Gefahr, die man tief, auch nicht reflexlos wird abschätzen können. Doch die modernen Organisationsgrüßer werden ganz gewiß ihr Ziel nicht erreichen. Der leitende Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“ Paul Bloch sagte seinen Parteigenossen vor kurzem: „Es ist eine alte geschichtliche Erfahrung, daß jede politische Partei, die gegen die Gewerkschaften bisher auftrat, unterliegen muß.“ Geschichtliche Erfahrungen aber sind dazu da, den Bestand zu erleuchten und den Willen aufzuklären zur Erreichung schönerer Ziele. An solchen Zielen fehlt es der deutschen Arbeiterbewegung sehr wahrlich nicht.

In einem zweiten Briefe soll u. a. gesagt werden, wie die Kommunisten auf die einschläfernde Stellungnahme der Unabhängigen gegen Gewerkschaftszersplitterung reagierten.

Stimulationen

„Ja, Kollege, haben Sie denn das nicht gesehen, das stand ja in allen Zeitungen. Nicht wahr, haben Sie denn keine? ...“ Ich weiß nicht, was Sie mit dem „meinen“ (Partei) meinen, denn ich weiß von den „Lügen“ (bürgerliche) Zeitung, die in Leipzig ist, wo es heißt: 1. Die Zeit der U. S. P. ist die Zeit der „Lügen“ und die U. S. P. ist die Zeit der „Lügen“. Ja, und dann lese ich doch auch den „Vorwärts“, muß ich

schon, d. h. wenn ich bloß kämpfen und keine praktische Arbeit leisten will, brauche ich den nicht, da noch ich andre Jesuiten. Nun ja, dann ist man doch auch im Nebenamt Buchdrucker oder so was ähnliches. Und da hält man sich die „Republikische Mitteln“. Wie es auch sein kann. Denn ich bin doch nicht in einer Partei, sondern ich bin die „Republikische Mitteln“. Und so ist es eine ganze Anzahl geworden. Nun muß man sich durch diesen Berg von Literatur durchlöcheren und wäre man froh, wenn man seinen Anstande die Mittel hätte, um so das Wichtigste zu lesen und verstehen zu können. Wie hübsch wäre nun eine Zeitschrift (natürlich gar keine). Ich nehme eine Anzahl meiner Kollegen, die sehr liebenswürdig und tolerant, die lesen; sie lesen uns ein Heft an, lassen es zurück. Der erste legt seine Zeitschrift auf, der zweite die Zeitschrift, der dritte etwa eine Illustration, der vierte die Zeitschrift. „Vorhernehmlich der General-Kommune“, aber er hat eine wirklich hübsche Zeitschrift, er versteht sie mit Unterbrechungen, Fernstudien. Mit die Reihe um, so wird das Heft aufrecht. Ein jeder nimmt seine Zeitung oder Zeitung zu sich. Es ist nämlich ganz unerschaffen, daß man all die Literatur liest und daß ist, die man heute Tage notwendig hat, um auf dem laufenden zu sein. Und solche mit persönlichen Bemerkungen versehenen Notizen lesen sich noch einmal so schön. Mir ist ein Fall bekannt, wo die rechte Nachschlagebibliothek auf der Reise war. Was gelang, es darf nicht „gemacht“ werden, ein jeder muß seine Zeitschrift wieder erhalten. Hat er etwas gelesen, freisetzt er es an, fordert es seine Kritik heraus, klagt den Verleger her; eventuell ein Blatt belegen mit voller Namenanzahl. Dann erst kann man sagen, mit Hilfe meiner Freunde bin ich auf dem laufenden. Das ist eben der Unterschied, daß nicht bloß Heft zurücklassen, das besorgt die Buchhandlung mit ihren Lesern, aber da muß ich mich zuerst durch alles durchlesen, und hier ist die Vorarbeit schon getan. Vielleicht bilden sich in jedem Geschäft solche Gebrauche der Zurückarbeit. Wenn ich ein Amt annehmen sollte als irgendein Funktionär, nur um die Herrschaft des Professorens anzutreten, so wäre es mir bange darum. Mein Können ist noch so mangelhaft, daß ich den (wenn auch reaktionären) Klassen bis auf weiteres die Macht überlassen muß. Denn nur die Macht der Aufsicht ist eine Macht, das Wort Professorens ist ein Schlagwort. Mit dem ist mein Nichtwissen noch das alte. Ist aber ein Zahl Kollegen da, die alle irgendeine Notiz in das Heft legen, so werde ich mit der Zeit in der Lage sein, etwas Politisches zu wissen. Soviel Geld habe ich nicht, um all diese Zeitschriften zu halten, und in der Besuche und Bibliothek muß man erst die interessanten Artikel zusammensuchen, wo doch meine Zeit auch kostbar ist. Denn nicht im gegenwärtigen Bekämpfen liegt unsere Stärke, sondern in unserm Wissen. Ich mache aus meiner Gesinnung keinen Hehl: Mir graut es, wenn ich daran denke, daß eine Diktatur des Proletariats kommen soll. Jener Klasse, wo noch so viel Unwissenheit steckt; nicht durch unser Versäulen, wohl aber durch unsere eigene Nichtigkeit, uns volkswirtschaftlich und sozialökonomisch fortzubilden. Engste Fühlung mit den Angehörigen, umfassendes Lesen a er diesbezüglichen Nachrichten kann uns fortbilden. Unser Heim muß eine Studienstube werden, wenn wir die Macht an uns reißen wollen. Da heißt es erst lernen, ein jeder mit seinen Gaben. Wir sind noch nicht reif für Probleme, wie es die Umwandlung des kapitalistischen Systems in ein produktives erfordert. Die zu lösen, erfordert Schulung. Und darum wollen wir uns gegenseitig nützen, belehren, ermuntern, wo wir können. Erst dann, wenn wir die Weisheit erlangen, mag späterhin auch einmal das Amt folgen. Bis dahin wollen wir lernen.

Amerken bei Hamburg. Rudolf Schumacher.

o o o o o Rundschau o o o o o

Nachahmenswerte Beispiele. Die Buchdruckerei Chr. Adolph in Altona-Ottensen zählte an 6 Gesellschaftsmitgliedern (3 Malchinenleger, 1 Handleger, 1 Drucker und 1 Faktor) die im Laufe der letzten Jahre auf eine 25jährige Geschäftszugehörigkeit zurückblicken konnten, am 1. Oktober d. J. je 500 Mk. als Jubiläumsgeschenk aus.

Buchdrucker im Gemeindegeld. In Gna wurde Kollege Georg Pfeuffer als unbedenklicher Stadtrat gewählt und in Kitzingen rückte Kollege Gottfried Baumann als Stadtrat für einen Ausscheidenden ein.

Schulungsfragen. Nach einer Mitteilung der oberbayerischen Handwerkskammer vom 21. September d. J. hat das Reichsarbeitsministerium in einer neuerlichen Verfügung festgesetzt, daß nach dem klaren Wortlaute der Arbeitsverordnungsverordnung vom 23. November 1918 der obligatorische Fortbildungszug oder Fortbildungunterricht der Lehrlinge in die Arbeitszeit angerechnet werden müsse. Es dürfen also die Lehrlinge, wenn die Schulzeit in die Arbeitszeit fällt, nicht an den anderen Tagen dafür länger beschäftigt werden. Auftragsarbeiten sind ebenfalls Arbeiten im Sinne der erwähnten Arbeitsverordnungsverordnung. — Bezüglich der Vereinbarkeit der Lehrlinge ist gleichfalls nach Mitteilungen der schon erwähnten Handwerkskammer zu beachten, daß der Lehrherr ohne Rücksicht auf den Zeitpunkt des Vertragsabschlusses in gar keiner Weise berechtigt ist, dem Lehrlinge den Zutritt zu irgendeinen Vereinen, Verbänden, Gewerkschaften usw. zu verbieten. Wahrscheinlich sind hiermit folgende wichtige Bestimmungen von deren Mitarbeitern: Durch das Reichsgesetz vom 16. Juni 1918 (Reichsgesetzblatt Seite 65) betreffend Änderungen des Vereinsgesetzes vom 19. April 1908 ist bestimmt: § 17a. Die Vorschriften der §§ 3, 17

über politische Vereine und deren Versammlungen sind auf Vereine von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zum Zwecke der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht aus dem Grunde anzuwenden, weil dies Vereine aus solche Angelegenheiten der Sozialpolitik oder der Wirtschaftlichkeit einzuwirken bezwecken, die mit der Erlangung der Arbeitsverhältnisse oder der Arbeitsbedingungen oder mit der Wahrung oder Förderung wirtschaftlicher oder gewerblicher Zwecke zusammen ihrer Tätigkeit oder mit allgemeinen beruflichen Fragen im Zusammenhang stehen.“ Ferner verleihe die der Zutritt des Gesetzes der Beschränkungen der Organisations- oder Vereinbarkeit der Lehrlinge rechtmäßig geworden, weil eben auch die Beibringung des gewerblichen Arbeitsverhältnisses, für die die Vereinsfreiheit reichsgesetzlich gewährleistet ist.

Praktische Berufshilfsaktion. Die Buchdruckereien in Meinsburg haben beschlossen, einen eigenen „Verein für Fortbildungszug“ einzurichten. Von den etwa 100 Mitgliedern haben sich 50 für den Kurkurs gemeldet, der bereits begonnen hat.

Betriebsergebnisse. Die Verlagsanstalt „Buch und Kunstdruckerei“ vorm. G. J. Manz, A.-G. in München-Neuburg erstattet über das am 30. Juni d. J. abgelaufene Geschäftsjahr u. a. folgenden Bericht: Die Druckerereien waren in dem abgelaufenen Geschäftsjahre nicht so regelmäßig wie in früheren Jahren beschäftigt. Zeitweise waren sie mit Aufträgen überhäuft, zeitweise wieder konnte das Personal nicht voll beschäftigt und die Maschinen nicht ausgenutzt werden. Der Münchner Betrieb lag infolge der bekannten politischen Vorgänge wiederholt still. Der Ertrag des Verlagsverlags war sehr gut; der Absatz hat den vorjährigen wieder bedeutend übertraffen. Der Gewinn von 168824 Mk. (im Vorjahre 165870 Mk.) soll hauptsächlich verwendet werden: Abschreibungen 73501 Mk. (73490 Mk.), 7%, Proz. Dividende = 56200 Mark (im Vorjahre 7 Proz.; davor zweimal 6 und 5 Proz.), Vortrag auf neue Rechnung 39123 Mk. (22879 Mk.).

Unternehmensstudie zur Verhinderung der Sozialisierung. Eine Studienkommission, die von der Stadt Oberfeld ins Ruhrgebiet geschickt wurde, stellte fest, daß auf einigen Zechen die Förderleistung prozentual der Friedensleistung gleichkommt. Während die Unternehmer dauernd über Arbeitermangel und Arbeitsverlust der Bergarbeiter klammern, liegt nach Ansicht der Sachverständigen für den Bergbau, der Leitung der Bergarbeiterverbände in Bochum, Essen und „Elegischen der Zechen eine systematische Sabotage der Steinkohlenförderung durch die Grubenbesitzer vor. Dem Reichskommissar Otto Süß erklärte ein Vertreter der Stadt Hamburg, daß er seit drei Wochen im Ruhrgebiete herumkam, um 30000 arbeitswillige Arbeiter zu vermitteln. Obwohl Bedarf an Arbeitskräften vorliegt, machen die Grubenbesitzer keinen Gebrauch von den Angeboten. Als Grund wird Mangel an Unterkunftsräumen angegeben, dabei hat die Firma Krupp Arbeiterbaracken für mehrere tausend Personen leer stehen. Aus Anlaß vor der Sozialisierung hat die Unternehmer alles, um die Steinkohlenförderung so unrentabel wie nur möglich zu machen. Die Anordnungen des Reichskommissars Süß werden von den Unternehmern einfach nicht befolgt. Die Kommission hat auch festgestellt, daß Kohlen in großen Mengen zu Schleberzügen von 10 bis 12 Mk. pro Zentner verschoben werden. Abreißend wurde festgestellt, daß genügend Kohlen da sind. Das geht auch aus dem Lieferungsvertrage mit Frankreich hervor, wobei außer der Vertragsmenge noch 1/2 Millionen Tonnen mehr geliefert werden. Diese Tatsachen beweisen aufs eindringlichste die Sabotage des Unternehmerlums.

Die Gelben werden wieder munter! Wie wir der „Deutschen Arbeiterzeitung“ entnehmen, wurde in letzter Zeit durch Zusammenlegung von drei wirtschaftsfeindlichen nationalen Arbeiterzeitungen eine „Deutsche Arbeiterzeitung“ geschaffen. Damit soll einem schon vielfach geäußerten Verlangen nach einer deutschen Arbeiterzeitung entgegenkommen sein. Die „Deutsche Arbeiterzeitung“ bezweckt im Verfolg einer entschiedenen Wahrnehmung der „Arbeiterinteressen“ volkswirtschaftliche und staatsbürgerliche Aufklärung und Erziehung unfrei Volktes, die Förderung des Wirtschaftsriedens sowie die Wiedereinrichtung unter nationaler Selbstständigkeit und Freiheit. Wie man sieht, haben die Gelben die alte Phrasologie noch nicht verlassen. Daß sie es wieder wagen, sich öffentlich zu äußern, ist bezeichnend für die Zeit, in der wir leben. Allerdings darf man hier wohl die Frage aufwerfen, was die verschiedenen Reichsarbeitsgemeinschaften, die vor einem Jahre mit so großem Tamtam zwischen Unternehmerverbänden und den Gewerkschaften gegründet wurden, zu dieser gelben Wiederauferstehung zu sagen haben? Der dritte Punkt der betreffenden Vereinbarung schließt jede Berücksichtigung der logenamtlichen wirtschaftsfeindlichen Vereine durch die Unternehmerverbände aus. Die „Eingangsnahme der „Deutschen Arbeiterzeitung“ zu diesem neuen Lebenszeichen der „Gelben“ kundend aber alles andre eher, als eine Maßberücksichtigung.

Die dringende Arbeitszeit vor dem Schlichtungsausschuß des Reichsarbeitsministeriums. Aber eine Verhandlung wegen der Forderung dringender Arbeitszeit vor dem Schlichtungsausschuß beim Reichsarbeitsministerium befindet der Verband der Bureauangestellten folgende: Die gesamte Angelegenheit der dringenden Arbeitszeit hat im Laufe des Sommers die dringende Arbeitszeit gefordert. Die Arbeitgeberver-

bände hatten dies abgelehnt und sich nach neuem Drängen der Arbeiterklasse durch unter Festsetzung von Entlohnungen der Verbände vorhalten müssen, auf keinen Fall dieser Forderung der Angehörigen nachzugeben. Betriebe, die diese Arbeitszeit nicht hatten, ließen sich auf Anweisung der Arbeitgeber wieder ab. Der Widerstand verlor es jedoch, die dringende Forderung der Beamten und Angestellten vom März bis Oktober den Stadtratsentscheidungen fernzuhalten. Unter Führung des damaligen Verbandes der Bureauangestellten ließen sich die Beamten Angehörigen des Juni zusammen und beantragten nach neuem, aber nicht in der Sache eine Entlohnung beim Reichsarbeitsministerium. Mit welchen Mitteln die Beamten Angehörigen hierbei für den Rücktritt kämpften, mag bekannt sein, daß eine ihrer Vereinigungen gar Unterdrückung von Seiten der Angestellten verweigerte. Der Schlichtungsausschuß erließ nach längerem Verhandeln: Für sämtliche Angestellten der Betriebsämter Firmen und Behörden wird ab 1. Oktober die dringende Arbeitszeit eingeführt. Die dringende Arbeitszeit beträgt, einschließlich einer halbstündigen Pause pro Tag, insgesamt 45 Stunden.

Dem Änderungsvertrag des Zwischenhandels. Die Wahrheit über wirtschaftliche Dinge kommt manchmal von einer Seite, von der man gerade diese Mitteilung nicht erwartete. Der Zentralrat des Reiches Elbe richtete an einen landwirtschaftlichen Verein folgenden Brief, in dem über den freien Handel und die Zwangswirtschaft treffende Bemerkungen gemacht werden: Soweit ich die Stimmung der Landwirte überlebe, werden diese sich in erster Linie dagegen, daß sie nicht ihre Produkte billig abgeben müssen, während der Arbeitsmangel, zum Teil auch der Wucherhandel und Erbschaftshandel, keine erheblichen Bedenken davon stellt. Viele Landwirte haben mir das beklagt und erklärt, sie würden gern ihre Produkte auch zu billigeren Preisen abgeben, wenn sie nur wüßten, daß der Verbraucher sie umhändert zu dem gleichen Preise bekäme. Weiter geht Zentralrat Cornelsen auf die Frage des Zwischenhandels und der Zwangswirtschaft folgendermaßen ein: Es ist ein Widerspruch, wenn man gleichzeitig fordert, den verurteilten Zwischenhandel aufzuheben und die Zwangswirtschaft zu beibehalten. Eines von beiden geht nur. Die Kunde, wo ein ständischer Verbraucher direkt von einem befreundeten Landwirte kaufen kann, bilden eine Ausnahme. Aber im großen und ganzen ist damit nicht geholfen. Zwischen dem Bedarfe der Großstädte und der Erzeuger des Landes muß eine vermittelnde und ausgleichende Stelle vorhanden sein, entweder der Zwischenhandel oder die öffentliche Bewirtschaftung. Die Aufhebung der Zwangswirtschaft in Brotgetreide und Kartoffeln würde zur Zeit sofort vom Schlichtungsausschuß ausgenutzt werden und Preise steigern, die ein Elender mit normalem Einkommen nicht bezahlen kann. Das haben wir bei den Eiern und beim Haser erlebt. Ich glaube auch, daß die geforderte Herabsetzung der Kartoffelpreise auf 13 Mk. oder auf 10 Mk. sofort eine Erhöhung der Kartoffelpreise in den großen Städten weit über 13 Mk. hinaus zur Folge haben würde, vielleicht nicht jetzt im Herbst, aber im Frühjahr und im Sommer, wo die Städte mit erheblichem Schwund rechnen müssen, zum Teil auch teure Auslandskartoffeln ankaufen müssen und die Preise mit den Inlandskartoffeln ausgleichen. Die Städte haben aber durch die heutigen Löhne und Transportkosten erhebliche Ausgaben hierfür. Diese von dem Landrate gekennzeichneten Zustände beschäftigen zwar für jeden Keiner längst bekannte Wahrheiten. Wegen diese Zustände kann nur ein durchgreifender Zusammenbruch aller Konsumenten auf genossenschaftlicher Grundlage abhelfen. Der freie Handel samt Zwischenhandel ist heutzutage gleichbedeutend mit Freibeutertum und muß daher rückwärtslos mit allen Mitteln bekämpft werden. Hier sieht der innere Feind, der weit schlimmer am deutschen Volke handelt als unfre ausländischen Gegner.

- Verschiedene Eingänge**
- „Graphische Materialienmarkt.“ Zentralrat für das gesamte graphische Gewerbe, Nr. 5-13. Verlag von F. A. Leppich in Leipzig, Banstraße El. also 27. Durch die Post bezogen vierteljährlich 2,50 Mk. Einzelnummern 3 Pf.
 - „Die Leipziger Messe.“ 3. Jahrgang, Nr. 11-14. Ähnliche Zeitung des Monats für die Warenwesen in Leipzig. Fährlicher 2. Jahrgang Nr. 11-14. 12 Mk. für das Ausland.
 - „Eichblätter.“ Zeitschrift für Amtswesen und Kommunalwesen. Herausgegeben von Julian Borchardt, Nr. 1-5. Jahrgang, 1919. Erscheint alle zwei Monate. Preis 50 Pf. Verlag der „Eichblätter“, Berlin-Charlottenburg, Hedwigstraße 1.
 - „Sozialistische Monatshefte.“ Herausgeber Dr. F. Bloch. Nr. 14. Preis ein Heft. Heft 1 u. 7. 26. Jahrgang, 52. Band, 1919. Poppestraße 130 Mk. Verlag der „Sozialistischen Monatshefte“, G. m. b. H., Berlin W.
 - „Die Neue Zeit.“ Wochenchrift der deutschen Sozialdemokratie. Nr. 2-3. Jahrgang, 1. Band. Verlag von J. S. W. Dieß. Nach in Leipzig.
 - „Das Recht der Übergangzeit.“ Von Dr. Georg Flawak. Verlag Gieseler und Erben, G. m. b. H., Berlin SW 48. Mitteilungsblatt 9. Preis 2,50 Pf.
 - „Schlichtungsausschuß und Schlichtungsstelle.“ Eine Darstellung der Zusammensetzung, des Wesens und der Wirkung des schlichtenden Einmischungsverfahrens bei Arbeitsverhältnissen nach dem Arbeitsvertragsgesetz. Von Dr. Joseph Meim in Dülkendorf, Sternstraße 8. Preis 5 Pf.
 - „Die Zeitungen des Sozialismus.“ Von Dr. Gustav Hoffmann. Berlin für den Verlag der Arbeiter-Literatur in Weimar, Brennerstraße 18. Preis 4,00 Mk. und 2,00 Mk. 1/2. 2. Aufl. gebunden.
 - „Verfassung, Arbeiterklasse und Sozialismus.“ Von Friedrich Schlegel. Preis 1 Mk. 2. Aufl. 2. Aufl. 1918. Berlin SW 68, Lindenstraße 3.
 - „Die Arbeitszeit der Reichsbeamten.“ Von Heinrich Erbsel. Preis 2 Mk. Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, Berlin NW 6, Schötenstraße 19.

Briefkasten

O. P. in A.: Ihr Brief wird erscheinen; wir stellen aber noch Ermittlungen an über seine Geheimnisartigkeiten. — E. G. in H.: Wie so ist. — F. A. in S.: In nächster Nummer. 2. Die vielen Zusammenhänge auf die Bestimmung zum Erlöse haben uns bald des Herz gedrückt. — A. A. in D.: In Veranlassung

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, jedoch mit älteren Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Beilage zu Nr. 121 — Leipzig, den 18. Oktober 1919

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

Probleme der Sozialisierung in Theorie und Praxis

Geistige und wirtschaftliche Voraussetzungen

Bestrebungen, die die Aufhebung einer Wirtschafts- und Eigentumsform, unter der eine Klasse der Menschen zugunsten einer andern benachteiligt war, zum Ziele hatten, finden wir schon seit Jahrhunderten in der Geschichte. Auch unsere Väterzeit zu Anfang des 16. Jahrhunderts und besonders in der damals für die Buchdruckerkunst berühmten Stadt Basel waren von kommunistischen Ideen durchdrungen. Aber so wie die heutige kapitalistische Gesellschaft verschieden ist von der antiken und der feudalen, so ist der heute erstrebte Sozialismus etwas ganz anderes als zum Beispiel der Kommunismus eines Plato oder Thomas More oder des ursprünglichen oder mittelalterlichen Christentums.

Wir leben heute vor der Verwirklichung und praktischen Durchführung des so oft bis ins Unendliche theoretisch behandelten Begriffes Sozialisierung. Sozialisierung! Welch viel unvorworfenes Wort der Gegenwart! Gewiß das einzige, das zur Zeit dem Worte Frieden an Wichtigkeit und aber auch an Wichtigkeit gleichkommt. Beide durch die Revolution aus dem Chaos der Begriffe und Meinungen hervorgehoben, verheißen dem Volk in ihrer Erfüllung bessere Zeiten im politischen und wirtschaftlichen Leben. Was man nun unter Sozialisierung zu verstehen hat, wurde in letzter Zeit des öfteren im „Korr.“ von verschiedenen Seiten schon klargestellt. Sie bedeutet jedoch nicht nur das Übergehen der Produktionsmittel aus den Händen einzelner in die Hände und Verwaltung der Gesamtheit, sondern Sozialisierung heißt auch die restlose Anerkennung einer neuen Gesellschaftsordnung, und zwar an Stelle der kapitalistischen die sozialistische.

Aber so wenig wie sich die Sozialisierung des Wirtschaftslebens eines Volkes über Nacht erreichen und durchführen läßt, können sich die Menschen, die nicht schon selber dieser Weltanschauung kundig sind, dieselbe über Nacht zu eigen machen und nach ihr und in ihr leben, ohne dabei nach irgendeiner Seite hin anzustreben. Man muß also, um für die wirtschaftliche Sozialisierung Beständigkeit und Erfolge für die Volksgemeinschaft zu erringen, auch das Innere eines Teiles des Volkes umzuformen versuchen müssen. Es darf vor allen Dingen der kapitalistische Grundgedanke nicht mehr als der alles beherrschende und oberste angesehen werden. Andererseits müssen wir dem Gedanken Geltung verschaffen, daß Sozialismus nicht gleichbedeutend ist mit notorischem Streiken, daß Freiheit nicht Stillschließung und Willkür bedeutet. Daß Sozialismus etwas ganz anderes in sich schließt: Unterordnung des eigenen Willens unter denjenigen der Gesamtheit oder Mehrheit; daß Sozialismus arbeiten heißt, dienen, Anecht und Abtand sein für die Gesamtheit, das Beste wollen, und nicht nur für sich, sondern auch für seine Mitmenschen.

Fretlich werden solche Gedanken nur im Laufe der Jahrzehnte in dem Volke Platz greifen können. Aber wie man alles das in der Entwicklung Begriffe drängen und fördern kann, wo dies auch in der Zukunft in diesem Falle geschehen können. Die Sozialisierung erfordert nicht nur, daß die sozialisierenden Betriebe und Industrien durch ihre Höchstentwicklung sich dazu eignen, sondern daß auch die Menschen einen gewissen Grad der Reife hierzu erreicht haben.

Soviel dürfte klar sein, daß eine Sozialisierung nur nach und nach vor sich gehen kann, und zwar beginnend mit den in ihrer Produktivität höchsten entwickelten Industrien und Betrieben. Und hierunter wird auch ein Teil größerer Unternehmen unseres Gewerbes jetzt schon zu zählen sein. Ob und wie lange sich nun der Zustand nichtsozialisierter Gewerbe und Betriebe neben schon sozialisierten erhalten läßt, muß die Erfahrung lehren. Jedenfalls wird man späterhin alle die gesammelten Erfahrungen demgemäß sich zuzunehmen machen müssen, um hernach das Tempo der Sozialisierung beeinflussen zu können.

Sozialisierbar ist jedes Gewerbe; nur hängt es bei deren Durchführung davon ab, bis zu welchem Grade bereits die Produktion schon vorher in der kapitalistischen Produktionsweise zentralisiert ist, oder ob man eine solche Zentralisation erst schaffen muß. In der Folge dieser Gedanken müssen wir aber auch sehen, in welchem Verhältnis sich die sozialisierte Wirtschaft eines Volkes befindet, das — wenn die Zukunft es nicht anders bestimmt — nachbarn mit kapitalistischer Wirtschaftsform hat. Es wird immer darauf zu sehen sein, daß es dem Arbeiter unter der sozialistischen Produktionsweise nicht schlechter geht als seinem Genossen unter der Form der kapitalistischen eines Nachbarlandes, denn hieraus könnten die größten Gefahren entstehen, nicht nur für die Arbeiterklasse Deutschlands, sondern auch für unsere Arbeitsgenossen anderer Länder, die die Sozialisierung erleben. Schon seit Jahrzehnten hat die Arbeiterklasse, und vor allem die

organisierte Arbeiterklasse, darauf hingearbeitet, um — wenn man das heretische Wort gebrauchen will — die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu befehlen. Hand in Hand mit diesen Bemühungen ging aber auch die ökonomische Entwicklung.

Die rapide Konzentration der Produktionsmittel und des Kapitals in den Besitz weniger Menschen, und wiederum der Zusammenfluß dieser Wenigen (Kartelle, Syndikate), um die Prelle der erzeugten Waren hochzuhalten und wirtschaftlich eine Monopolstellung zu erreichen, hat die Sozialisierungsmaßnahme zur Reife gebracht, und die Folgerichtigkeit der Marx'schen Theorie: daß nur in einer höchstentwickelten Industrie eine Sozialisierung möglich sei, bestätigt. So ist also diese Zentralisationsbestrebung unter besser Verbündeter geworden auf dem Wege zur Sozialisierung. Und überall, wo diese Voraussetzung besteht, werden die noch vorkommenden Schwierigkeiten zu überwinden sein. Man nehme sich einmal ein Beispiel an der Zuckerindustrie, die durch ihre Syndikalisation und Abgrenzung von Produktions- und Absatzgebieten wohl verhältnismäßig leicht zu sozialisieren sein wird.

Es ergibt sich also für uns im Buchdruckgewerbe, diejenige Wege einzuschlagen, die im Laufe der Jahre zu diesem Zustande führen. Ganz wird wohl der Kleinbetrieb nicht verschwinden. Man wird eben eine entsprechende Norm an Arbeitskräften oder ähnliches festlegen müssen, von der ab ein Betrieb als sozialisierbar bezeichnet werden kann. In den späteren Jahren wird eventuell auch mit der Still- bzw. Zusammenlegung einzelner Betriebe zu rechnen sein. Daß das graphische Gewerbe, wie jedes andre, sozialisierbar ist, dagegen wird sich wohl niemand im Ernst werden können, das heißt wenn es denjenigen Grad der technischen und zentralen Vollkommenheit erreicht hat, der für eine erfolgreiche Sozialisierung Vorbedingung ist. Selbstverständlich, ebensoviele wie man mit der Sozialisierung so lange warten kann, bis alle daran beteiligten Menschen von deren Notwendigkeit überzeugt sind, ebensoviele darf man mit nerchränkter Armut leben, bis nach langen Jahren erst dieser Zustand sich ergeben würde.

Man sieht es, diese Entwicklung zu fördern. Und hierin finden wir eine Stütze in der Vorlage der Regierung über die Rechte der Räte, die allerdings erst unter einem gewissen Drucke der Verhältnisse und reichlich spät geboren wurde. Damit, daß man, wie ein Kollege im „Korr.“ erklärte: man sozialisiert am besten gleich, und zwar dadurch, daß man die Betriebe einfach verstaatlicht, ist noch nicht bewiesen, daß wir von einer solchen „Abernachtsarbeit“ auch einen wirklichen Erfolg hätten. Die Umwandlung einer seit Jahrhunderten emporgewachsenen und in allen Zweigen des politischen, staatlichen und wirtschaftlichen Lebens verankerten kapitalistischen Produktions- und Konsumtionsform in eine neue, durch und für die Volksgemeinschaft bräutliche Jahre und Jahrzehnte, bis sie das werden wird, was wir unter sozialistischer Wirtschaft allgemeinlich verstehen.

Seibronn a. N.

E. Müller.

Korrespondenzen

Unsbach. Nachdem sich unser Ortsverein schon in der am 6. September abgehaltenen ordentlichen Monatsversammlung mit dem Ergebnisse der letzten Tarifausschubstung beschäftigte, erstallte uns auch noch in einer außerordentlichen Versammlung vom 17. September unser Wehlführer Semmerich (München) einen ausführlichen Bericht über die Beratungen des Tarifausschusses. In sehr interessanten Darlegungen führte er uns vor Augen, unter welcher großen Schwierigkeiten die Verhandlungen geführt wurden und wie nur durch gegenseitig behutsames Entgegenkommen eine Verständigung und Einigung erzielt werden konnte. Am Schlusse seines Berichtes und mit großem Interesse aufgenommenen Referats wurde nach einer Aussprache, in der besonders auch die Frage der Erhöhung des Lokalaufschlags für den hiesigen Ort behandelt wurde, eine Resolution einstimmig angenommen, worin den Wehlführern Dank ausgesprochen, aber auch zum Ausdruck gebracht wird, daß das materielle Ergebnis der Verhandlungen keineswegs der verfeuert Lebenshaltung Rechnung trägt. Die Wehlführer Unsachts hoffen daher, daß wenigstens bei der im Oktober stattfindenden Kreisamtsitzung dem Erwarren Rechnung getragen wird, für Unsach den Lokalaufschlag von 7% auf 12% Proz. zu erhöhen.

Berlin. Am Sonntag, dem 19. Oktober, befehlt der Verwalter des Vereins der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer, Hugo Westphal, seinen 70. Geburtstag. Er ist ein alter Bekannter in den deutschen Gauen. Im Jahre 1887, nach dem Ausstade bei S. Eilenfeld, fand Westphal wenig Gnade bei der Prinzipalität, wieder eingestellt zu werden, und so wurde er in demselben Jahre von der Berliner Wehlführerschaft als zweiter Verwalter neben dem damals noch lebenden Kollegen Stolle gewählt. Kollege Westphal gehörte vom Jahre 1886 bis 1892 als Wehlführer für den Kreis Berlin-Brandenburg der Tarifausschubstung an und wirkte in derselben in hervorragender Weise für die Interessen der Wehlführerschaft. Er

war einer von denjenigen Vertretern, der bei Zusammenkünften mit der Prinzipalität kein „Statt vor den Mund“ nahm, sondern diesen ungeschminkt seine Meinung sagte. In den Verhandlungen war „Sugo“ als Redner beliebt, und wenn er dabei anfang, ordentlich mit dem Kopfe zu nicken, dann war er in seinem Element zur Freude der Versammelten. Als Mensch ist Westphal heute noch kein Freund von Traurigkeit, trotz seines Abwemas, das ihm schon Jahrelang viel zu schaffen macht. Westphal fröhlich steht der Alte aber trotzdem heute noch da und erfüllt seinen Posten wie ehedem. Möge ein glückliches Geschick ihm noch lange Zeit Kraft und Ausdauer geben, damit er nach den heiligen, für die ganze Menschheit schweren Zeiten noch recht viele glückliche und frohe Tage erleben kann!

Berlin. (Brandenburgischer Maschinenlehreverein.) Die starkbesuchte Versammlung am 28. September nahm zunächst den Stassenbericht über das zweite Quartal d. J. entgegen. Einer Einnahme von 1923,40 Mark steht eine Ausgabe von 1936,93 Mk. gegenüber. Der Stassenbestand am Ende des Quartals betrug 2492,09 Mark. Die Sammlung für Frau Hebe erreichte bisher den Betrag von 764 Mk. Nach Erledigung der „Vereinsmitteilungen“, in denen der Vorliegende einige Sünden namentlich an den Pranger stellte, entspann sich eine lebhaft Debatt über den Artikel „Zum geplanten Maschinenlehrekongress“ in Nr. 111 des „Korr.“. Es machte laut den Eindruck, als ob der Artikelschreiber damit die Einstellung zu einer neuen Spartenhefte geben wollte. Der Artikel sei in seiner gegen die Maschinenlehre gerichteten Tendenz geradezu herausfordernd zu nennen. Die Redaktion des „Korr.“ hätte ihn ablehnen sollen. (Wir haben im Leitartikel von Nr. 118 alles Erforderliche bereits gesagt. Red.) Auch Kollege Bierath sprach im Namen der Zentralkommission den stärksten Protest gegen die Tendenz des Artikels aus. Hierauf referierte Kollege Köhne über: „Die Arbeitszeit der Maschinenlehre“. Er äußerte zunächst auf die Einführung der Sechsmaschine und die Einführung unserer Arbeitszeit ein, dabei auch manches Unliebsame den Zuhörern lagend. Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen geriet er die Ansicht anderer Spartenkollegen, z. B. der Maschinenmeister, daß sie ebenso intensiv an der Maschine arbeiten, indem er darauf hinwies, daß, nachdem der Antriebsmotor läuft, wir erst unsere eignen Motor einschalten müssen, um die Maschine rentabel zu gestalten. Zum Schluß appellierte Kollege Köhne an die Zuhörer, sich die Sympathien der Allgemeinheitkollegen auf den Druckerseite zu sichern. Für seine interessanten und objektiven Ausführungen ersterte der Redner wohlverdienten Beifall. Hieran schloß sich eine kurze Diskussion. Zur Aufnahme meldeten sich zwölf Kollegen.

Esleben. Am 18. Oktober befehlt unser in den weiteren Kollegenkreisen bekannter und infolge seines kollegialen und humoristischen Wesens beliebter Kollege Fritz Schorler sein 50jähriges Geburtsjubiläum. Der alte joviale Wehlführer, welcher sich im Jahre 1869 in Klausthal am Harz Gutenbergs Kunst, um sich dann nach verschiedenen Stationen in Nordhausen, Gräfenhainchen und nach Abföderung einer bestimmten „Waldstätigkeit“ in Esleben niederzulassen, wo er bei der Firma Ed. Winkler auch am selben Tage sein 30jähriges Geschäftsjubiläum begehen kann. Die hiesigen Kollegen bereiten ihm an seinem Jubiläumstag entsprechende Ehrungen vor.

B.-ff. Frankfurt a. M. (Maschinenlehre.) Eingangs der am 21. September abgehaltenen Mitglieder-Versammlung widmete der Vorliegende Dominik dem Andenken des verstorbenen Kollegen Franz Porten ehrende Worte. Im Wirken für Verband und Sparte vorbildlich, betrauert wir den Mitbegründer unserer Vereinigung als ein Opfer des Militarismus. Kollege Dominik gab sodann einen Rückblick über die letzte Tarifausschubstung. In längeren Ausführungen legte er den Standpunkt der Maschinenlehre zu den Ergebnissen der Sitzung dar, die ein unentwegtes Festhalten an deren alten Forderungen geradezu gebiete. Nach solchen Entwürfungen sei es an der Zeit, einen Kongress entscheiden zu lassen, wo wir stehen. Als Zeichen voller Einmütigkeit wurde ohne jede Aussprache eine Resolution angenommen, in der man sich von den Ergebnissen der letzten Tarifausschubstung nicht befreibt erklärt. Die Versammelten erblickten in dem Verhalten der Prinzipale betreffs des 25-prozentigen Aufschlags der neuen Steuerungsanlage für die Maschinenlehre kein Äquivalent für die uns seit Jahren zugewiesene Zurücksetzung. Mit aller Energie fordern sie auch für unsere Sparte eine Verkürzung der Arbeitszeit. Die im Verbandsbericht über 1918 veröffentlichte Statistik der Erkrankungen und Sterbefälle rede eine zu deutliche Sprache, dazu angeführt, um uns für eine Verkürzung der Arbeitszeit im Interesse unserer Gesundheit nach Kräften einzusetzen. Zur Durchführung der Forderungen der Maschinenlehre wurde von der Zentralkommission die schleunige Einberufung eines Maschinenlehrekongresses verlangt, um neben der Erledigung anderer wichtiger Angelegenheiten ein geschlossenes Vorgehen der Maschinenlehre Deutschlands herbeizuführen. Der Kaiserler legte die Halbjahresrechnung vor, die genehmigt wurde. Kollege E. Uhl hielt dann einen Vortrag: „Gasapparate und Sechsmaschinenbeheizung“. Vortrag und Aussprache betonten die Mängel, die den

meisten Infolge der Gasnot als Konjunkturprodukt auf den Markt gebracht und für die Sechsmaschine bestimmten Apparaten anhaftend. Insonderheit wurden die Kollegen auf die Gefahren einer Beheizung mit explosionsgefährlichem Material aufmerksam gemacht. Einige Hilfe sei eine geregelte Wassererwärmung. Vor der Verammlung wurden Gasapparate in verschiedenen Druckerien besichtigt. Beide Veranstaltungen waren gut besucht.

Uthoe. Zu der am 21. September nach Oldstadt einberufenen Bezirksversammlung hatten sich zahlreiche Kollegen aus allen Orten des Bezirks eingefunden. Nachdem Bezirksvorsitzender Wolke und der Vorsitzende des Oldstädter Ortsvereins, Kollege Bierow, die Erschienenen begrüßt hatten und eines verstorbenen Kollegen gedacht worden war, referierte Kollege Prüter (Kiel) über das Thema: „Die gegenwärtige Lage“. In der Diskussion meldeten sich viele Kollegen zum Wort, die ihre Erörterung und Empörung über das Verhalten der Prinzipale zum Ausdruck brachten, aber zum Teil auch scharfe Worte gegen den Gehilfenvertreter richteten, weil er zu wenig Interesse für die Provinzialkollegen zeige. Eine vom Ortsverein Elmshorn eingebrachte Entschleunigung kam einstimmig zur Annahme. Darin gibt die Versammlung ihrer Enttäuschung Ausdruck über das Ergebnis der letzten Tarifauschussung. Sie hätte von den Prinzipalen mehr Verständnis für die Notlage der Gehilfen erwartet und sprach ihre Enttäuschung über das geradezu als Beleidigung aufzufassende Verhalten nach Lohnabnahme aus bei der fortwährend steigenden Aufwendung für alle Lebensbedürfnisse. Ganz besonders unverständlich war der Verammlung die abermalige Stellung ausungunsten der Provinz, allen doch die Provinzialkollegen zum mindesten ebenso schwer unter der stetig zunehmenden Steuerung wie die Kollegen der Großstädte. Von den demnächst beginnenden Verhandlungen zwecks Neuordnung der Lokalzuschläge erhoffte sie noch eine teilweise Wobergutmachung des der Provinz angelegenen Unrechts. Auf keinen Fall zu billigen sei die lange Dauer der Abmachungen in dieser Richtung überflüssigen Zeit. Der Vorsitzende dankte noch den Kollegen für ihr zahlreiches Erscheinen und schloß die Versammlung nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten.

Genia. In der Septemberversammlung gab der Vorsitzende Martin an Hand des Beschlussesprotokolls und der „Korr.“ Artikel in längeren Ausführungen einen ausführlichen Bericht von der letzten Tarifauschussung. Die vorgenommenen Änderungen wurden kritisch beleuchtet, dabei aber auch auf den Widerstand hingewiesen, den die Prinzipale den Forderungen der Kollegenschaft entgegensetzten. Als ein Schlag ins Gesicht der Gehilfenchaft wurde der von den Prinzipalen gestellte Antrag auf Abbau der Abzüge bezeichnet. In der Diskussion wurde von verschiedenen Rednern die erreichte finanzielle Erhöhung des Lohnes als für die heutigen Verhältnisse viel zu niedrig bezeichnet und der Sozialisierung sowie der Betriebsrätefrage das Wort geredet. Eine Entschleunigung fand einstimmige Annahme, in der man den Abmachungen zustimmte, trotzdem manches noch nicht erfüllt sei, was die Gehilfenchaft erpariert habe. Die Versammlung betrachtete die neuen Zulagen nur als Abschlagszahlung. Was die Erhöhung der Lokalzuschläge anbelange, so sei es unbedingt erforderlich, daß Genia ab 1. Januar 1920 in eine höhere Serviceklasse komme, da es tatsächlich eine der teuersten Städte im Reich sei. Unter den erschwerenden Umständen, unter denen diesmal die Tarifauschussung stattfand, sprach die Versammlung ihren Gehilfenvertretern weiterhin ihr vollstes Vertrauen aus. Die Verhandlungen haben bewiesen, daß unsere Vertreter die Fühlung mit den Massen noch nicht verloren haben. Es ist nun aber auch Pflicht der Gehilfen, dafür zu sorgen, daß die Erhöhungen reiflos seitens der Prinzipale gezahlt werden.

Kaufbeuren. In außergewöhnlich stark besuchter Versammlung, zu welcher auch die Württemberger Kollegen erschienen waren, erzielte uns unser Gauvorsitzer Kemmerich mit einem Referat über die Tarifauschussung. In ausführlicher und klarer Weise gab der Referent ein Bild über die Verhandlungen, woran sich eine lebhafte Diskussion schloß, in welcher die Mißbilligung der Mitglieder Kaufbeuren über die minimale Steuerungsulage von 6 Mk. zum Ausdruck kam. Speziell mißbilligt die Änderung der Lokalzuschläge konnte man sich nicht einverstanden erklären. Am Schluß der Versammlung kam eine Resolution zur einstimmigen Annahme, in der die erzielte Steuerungsulagensteigerung als vollkommen ungenügend bezeichnet wurde, da sie mit in den letzten Monaten zu verzeichnenden Lebensmittelpreissteigerungen bei weitem nicht Schritt halte. Vollkommen irrig sei es, die Lebenshaltung der Provinz als bedeutend billiger als in den Großstädten zu betrachten. Was in der Provinz verschiedene Artikel leichter zu bekommen sind, bedinge noch nicht deren Billigkeit, da man umgekehrt Stoffe, Hülfsmittel und ausländische Lebensmittel und Bedarfsartikel nicht nur teurer, sondern auch viel billiger in der Großstadt erhält. Infolge Erlassung des ganzen einheimischen Lebensmittelmarktes durch die Kommunalverbände ist der Preisunterschied in den hauptsächlichsten Lebensmitteln ein minimaler oder gar keiner, da ja von Reichs wegen sowieso Höchstpreise bestehen. Es seien vor allem die Wohnungsmieten, die die Großstadt von der Kleinstadt unterscheiden lassen. Die Lohnunterschiede von 20–25 Mk., wie sie derzeit zwischen Provinz und Großstadt bestehen, wurden als nicht mehr zureichend bezeichnet. Gefordert wurde deshalb, daß ein Ausgleich durch Erhöhung des Lokalzuschlags von 2/3 auf 10 Proz. geschaffen werde.

Sch. Kirchheim u. Teck. Am 14. September tagte hier der Bezirksverein Hohenstaufen-Teck. Die Tagesordnung war eine recht reichhaltige. Unter dem Punkte „Mit-

teilungen“ gab zunächst Kollege Münzing einen kurzen Bericht über das Werden des neugegründeten Bezirksmaschinenmeißervereins und lud die Kollegen der Provinz zu zahlreichem Beitritt ein. Nach dem Verlesen der Präzisenliste erzielte der Vorsitzende dem Kollegen Beyerling (Stuttgart) das Wort zu seinem Vortrage: „Das Rätselhafteste in gewerkschaftlich-wirtschaftlicher Hinsicht“. Der mit dem Gedanken sehr auf vertraute Redner führte u. a. aus: Mit dem Ausbruch der Revolution sei der Gedanke des Rätselhaftens zur brennenden Tagesfrage geworden. Während der Urgebirge in politischer Hinsicht aus Ansehen stammt, sei es in gewerkschaftlich-wirtschaftlicher Beziehung schon seit langer Zeit deutsches Produkt. Ein Beispiel dafür ließe sich in unserer Kartellgemeinschaft, in der Gewerbeordnung und im Knappschaftsgesetz. Die Regierungsvorlage brachte allerdings der Arbeiterchaft nicht das, was sie von ihr erwartet hatte. Doch gibt sie dem Gedanken einen weiten Ausblick, was als ein Fortschritt, wenn auch ein kleiner, bezeichnet werden muß. Das vorliegende Gesetz soll eine Grundlage sein, auf der der wirtschaftliche Aufbau vollzogen werden soll unter Mitwirkung aller Kreise. Trotzdem diese Gesetzesvorlage noch nicht einmal von der Nationalversammlung angenommen sei, habe sie jetzt schon eine große Gegnerchaft, zu welcher auch unsere Prinzipalität zähle. Die Gründe dafür seien ja leicht begreiflich, denn es solle endlich mit dem Herrenstandpunkte der Unternehmer aufgeräumt und der Arbeiterchaft ein größeres Mitbestimmungsrecht an der Produktion gegeben werden. In sehr eindringlichen Worten sprach der Redner dann über die Gesetzesvorlage selbst und machte dabei die Kollegen auf verschiedene, speziell für unser Gewerbe in Betracht kommende Paragraphen aufmerksam. Durch ein selbes Zulammenwirken aller beteiligten Kreise, besonders der Gewerkschaften, erwartete der Redner noch größere Vorteile für die Arbeiterchaft. Reicher Beifall lohnte dem Referenten für seine interessanten und lehrreichen Ausführungen. An der anschließenden Diskussion beteiligten sich verschiedene Kollegen, die jedoch im ganzen mit den Ausführungen des Referenten einverstanden waren. Zum nächsten Punkt: „Anträge zum Gause“, gab der Vertrauensmann des Bezirks einige Erörterungen über die dem Gause bevorstehende Arbeit. Es entspann sich eine rege Diskussion über eine Beitragsberabteilung sowie über unsere Unterstufungseinrichtungen. Als Delegierte zum Gause wurden je ein Kollege aus Göttingen, Weisingen und Kirchheim gewählt. Im Anschluß an die Wahl gelangte noch eine farbliche Angelegenheit der Hausdruckerei der Württembergischen Metallwarenfabrik Weisingen zur Besprechung, die dem Bezirksauschuss zur weiteren Erledigung überwiesen wurde. Zum Schluß dankte der Vorsitzende den anwesenden Kollegen für das gezeigte Interesse und dem Kollegen Beyerling für seinen ausdrucksvollen Vortrag.

Mannheim. Am 9. September nach besuchten der Versammlung an 3. September im „Gewerkschaftshaus“ referierte unser Gehilfenvertreter Klein (Stuttgart) über die Tarifauschussung. Er gab dabei einen kurzen Überblick über die Mai- und Dezemberabgabe, wo jedesmal die Prinzipale große Protestbewegungen einleiteten. Die Steuerungsulagen kamen zu spät, weil wir keine Rüstungsindustrie waren. Aus eigener Erfahrung könne er sagen, daß die Verhältnisse in Süddeutschland nicht billiger seien und ein Preisunterschied betreffs Kleider und Schuhe gar nicht bestehe. Alle Vorgänge von Dezember bis Mai und heute wurden vom Redner einer eingehenden Beleuchtung unterzogen. Der Vorsitzende erklärte, daß er die Abmachungen als nicht genügend ablehnen müsse. Die Forderung der Gehilfenvertreter von 15 Mk. sei viel zu niedrig gewesen. Andere Vertreter hätten mehr Rückgrat zeigen müssen. Zum Schluß erluchte er, in der Diskussion sachlich zu bleiben. In derselben wurden die Abmachungen einer scharfen Kritik unterzogen und deren Ablehnung empfohlen. Schließlich wurde eine Resolution eingebracht, in der das Ergebnis für die Mannheimer Verhältnisse als durchaus ungenügend bezeichnet wurde. Weiter sprach die Versammlung ihre schärfste Mißbilligung darüber aus, daß die erreichte Steuerungsulage erst ab 1. Oktober und nicht, wie allgemein erwartet, sofort zur Auszahlung gelangt. Zu der Resolution erklärte Gehilfenvertreter Klein, daß es ausfallend sei, daß sich Mannheim im Gegensatz zur Januar- und Märzabgabe diesmal ablehnen verhalte. Die Tarifgemeinschaft hätte doch zweifellos beiden Seiten Vorteile gebracht, er hätte gern mehr gebracht, aber auf einem andern Wege wäre vielleicht auch nicht mehr zu erreichen gewesen. Zu der Lokalzuschlagsfrage bemerkte er, daß Mannheim ab 1. Januar 20 Proz. erhalte. Hierauf stakete der Vorsitzende dem Kollegen Klein für die interessante Berichterstattung den herzlichsten Dank ab. Die nun folgende Abstimmung ergab die einstimmige Annahme der eingebrachten Resolution. — In der am 12. September abgehaltenen, wiederum stark besuchten außerordentlichen Bezirksversammlung erhaltete der Vorsitzende Bericht über das Zustandekommen von besonderen Vereinbarungen in Anbetracht der außerordentlich schwierigen Verhältnisse für Mannheim. Auch der Gehilfenvertreter Klein (Stuttgart) war anwesend und sprach ebenfalls eindringlich für die Annahme des von den Prinzipalen gemachten Gegenantrags von 4, 5 und 6 Mk. auf die allgemeine Steuerungsulage. Gegen neun Stimmen wurde eine entsprechende Resolution angenommen. Erwähnt sei noch, daß die Druckerei der „Volksstimme“ die ursprünglichen Forderungen der Gehilfen bewilligte und noch darüber hinausging, indem jedem Gehilfen einheitlich 350 Mk. gewährt wurden. Auch sollen die Grundbesitzer eine Regulierung erfahren. Ebenso erhielt das Hilfspersonal, gefaltet nach Alter, ob ledig oder verheiratet, Lohnaufbesserungen und Entschuldigsummen. Ist der erzielte

Ausgleich im allgemeinen auch noch nicht den biesigen Verhältnissen entsprechend, so ist es doch zu begrüßen, daß es zur Einigung kam. Es wäre zu wünschen, daß ein verbindlicher Geist zwischen Prinzipalen und Gehilfen auch fernerhin obwalten möge.

Norden. In der am 14. September abgehaltenen Versammlung des biesigen Ortsvereins wurde neben Verhandlungen über drückliche Fragen und Entgegennahme von Kartellberichten auch die am 1. Oktober in Kraft tretende Steuerungsulage besprochen. Letztere ließ allgemeine Enttäuschung laut werden, und es mußte mit Bedauern die Zurückweisung der Interessen der Provinzialkollegen gegenüber den Großstädtern festgestellt werden. Die Nähe der Nordseebäder verteuert die Lebensmittel, die hier fast ausnahmslos auf Schleichwegen zu Wucherpreisen erstanden werden müssen, derart, daß die Familien väter mit großer Belorgnis den kommenden Wintermonaten entgegensehen. Im übrigen ist hierorts ein erfreuliche Fortentwicklung der Gewerkschaftsbewegung namentlich auch unter den Landarbeitern, zu verzeichnen, so daß die dadurch vermehrte Arbeitsleistung des Kartells die Anstellung eines von sonstigen Berufspflichten freibeholdenden Gewerkschaftsbeamten als dringende Notwendigkeit erscheinen läßt.

Nürnberg. (Vierteljahrsbericht.) In der Vullversammlung konnte der Vorsitzende die anlässlich des Gewerkschaftskongresses in unsern Mauern weilenden Vertreter des Verbandes mit warmen Worten begrüßen und ihnen erfolgreiche Tätigkeit wünschen. Nach Ehrung eines verkörborten Mitgliedes und Erledigung von Vereinsmitteilungen hielt uns Kollege Grammann ein längeres Referat über „Die Lage und die Vorgänge in der Gewerkschaftsbewegung“, das den allgemeinen Beifall der Kollegen fand und nach manchen Seiten Aufklärung brachte. In der Diskussion, die sachlich verlief und an der sich auch die Kollegen Albrecht (Nürnberg) und Selmbold (Leipzig) beteiligten, kam noch manche Anregung zutage, so daß die Versammlung als eine der befriedigendsten bezeichnet werden konnte. — Am 5. Juli fand zu Ehren der Verbandsvertreter am Gewerkschaftskongress ein Unterhaltungsabend der Mitglieder statt, der von den Kollegen mit Angehörigen gut besucht war. Eine kleine, aber gute Musikkapelle, der Gesangverein „Euphonia“ sowie Vorträge verschiedener Kollegen sorgten für Unterhaltung, so daß die Mitglieder hoffentlich auch, ihren Gästen einige gnußreiche Stunden verbracht zu haben. — Die Augustversammlung hatte 25 Aufnahmen, meist Neuausgliederungen, zu vollziehen. Kollege Seindl gab einen Überblick über den am Orte bestehenden Angelegenheiten und das Wirken bzw. des Eingreifen der Betriebsräte in denselben. Die beiden Sachlehrer, Kollegen Vater und Fischer, hielten sodann kurze Referate über „Lehrverhältnis und Schule“. Beide zeigten, was bisher in der Lehrlingsfrage getan wurde und welche Schwierigkeiten in dieser Frage zu überwinden sind. Einiges sei bisher, allerdings erst nach hartem Kampfe mit der rückständigen Handwerkskammer und zum Teil auch mit den Arbeitgebern, schon erreicht worden. So das Mitwirken bei der Lehrlingseinstellung (Vorprüfung usw.); auch bei der Gehilfenprüfung haben wir größeren Einfluss gewonnen. Hoffentlich bringt uns die neue Lehrlingsordnung etwas Greifbares, damit wir hier endlich auch zu einer Fachschule kommen. (Die in einer früheren Versammlung erhobenen Vorwürfe gegen den Prinzipalvorsitzenden des hiesigen Schiedsgerichts, daß dieser die Klagen verschleppe usw., werden von diesem in einem Schreiben an den Gehilfenvertreter Kollegen Sint zurückgewiesen. An der Hand von Material legte dieser klar, daß das öftere Hin- und Herstreben zwischen den Parteien zur Klarstellung der Klage die Verzögerung bedinge.) — Am 16. September versammelten sich die Kollegen, um nach Ehrung zweier verkörborten Kollegen und Vornahme verschiedener Aufnahmen, den Bericht unseres Gauvorsitzers Kemmerich über die letzte Tarifauschussung entgegenzunehmen. Ein Antrag, der verlangte, daß die Versammlung auf das Referat verzichte, da das Resultat zu minimal sei und die Abmachungen der Gehilfenvertreter nur zu mißbilligen seien, mußte als der Geschäftsordnung zuwiderlaufend abgewiesen werden, worauf der Referent sich seiner Aufgabe in ruhiger, sachlicher Weise unterzog. Eine kurze Diskussion schloß sich an die Ausführungen des Referenten an, wobei zwei Redner die Ansicht vertraten, daß das erreichte geringe Resultat daher komme, daß die Gehilfenvertreter „die Zeit nicht begriffen“ und „die Gelegenheit verpabt“ hätten, während ein anderer Redner der Ansicht war, daß man mit dem materiellen Ergebnisse halbwegs zufrieden sein könne, in ideller Hinsicht aber gar nichts erreicht habe, was tief bedauerlich sei. Daß die Mitglieder immer vor vollendete Tatsachen gestellt würden, sei zu verwerfen; hier müsse ein Ausweg gesucht werden. Der Tarif, der nun bald sein zehnjähriges Bestehen feiern, hätte schon längst gekündigt oder revidiert werden sollen. Zum Schluß wurde eine Entschleunigung gegen wenige Stimmen angenommen, worin die Versammelten erklärten, daß mit dem Erreichen keineswegs Forderungen und Wünsche der Gehilfenchaft sowohl in materielle wie in ideller Hinsicht erfüllt worden sind. Das Ergebnis werde lediglich als Abschlagszahlung betrachtet. Der Gehilfenvertreter sprach die Versammlung für ihre Arbeit und Ausdauer bei Vertretung der Gehilfeninteressen Dank und Anerkennung aus. Von der Kreisamtsfestung im Oktober erwartet die Versammlung ganz bestimmt eine Erhöhung des Lokalzuschlags auf 20 Proz., um die seit 1912 bestehende Ungerechtigkeit endgültig auszugleichen.